

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	14. Januar 2016		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.15 Uhr	Sitzungsende:	21.45 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Christian Brestrich	Asyl- und Integrationskoordinator
Andreas Funk	Amtsleiter Finanzverwaltung
Matthias Gey	Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement
Gerd Glöß	Amtsleiter Ordnungsamt
Sabine Güttel	Sachgebietsleiterin Bauleitplanung/Stadtentwicklung
Daniel Hartig	Betriebsleiter Abwasserbetrieb
Ilona Helbig	Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Gabriele Kerger	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Holger Leuschner	Amtsleiter Hauptamt
Inge Nestler	persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Heike Richter	Stellvertretende Amtsleiterin Stadtbauamt
Jens Römisch	Sachgebietsleiter Hochbau/Denkmalpflege/Vergabe
Korina Tillig	Mitarbeiterin Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH
Heike Tiltmann	Schriftführerin
Helmut Weichlein	Juristischer Referent

Geschäftsführer

Henryk Eismann	Prokurist Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Michael Heinzig	Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Alexander Karrei	Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH
Matthias Leuschner	FREITALER STROM+GAS GMBH
Ulrich Rudolph	FREITALER STROM+GAS GMBH
Jörg Schneider	Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Ute-Maria Frost		entschuldigt, krank
Uwe Jonas		entschuldigt, dienstlich
Candido Mahoche		entschuldigt, Urlaub
Wolfgang Schneider	Ortsvorsteher Pesterwitz	entschuldigt, Urlaub

Beauftragte

Carola Stejskal	Behindertenbeauftragte	entschuldigt, krank
-----------------	------------------------	---------------------

Zuhörer: 19

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Pfitzenreiter stellt den Antrag, den TOP 11 (A 2015/028) in den nächsten Stadtrat zu verschieben. Der Antragstext ist mit Datum vom 11. Januar 2016 massiv geändert worden, so dass eine weitere Vorberatung in den Ausschüssen notwendig ist.

Herr Richter stimmt im Namen der Fraktion DIE LINKE. als einreichende Fraktion dem Antrag auf Verschiebung in die Ausschüsse Ende Januar und Stadtrat Februar zu.

Einwände den TOP 11 (A 2015/028) zu verschieben gibt es nicht.

Weitere Änderungen bzw. Einwände zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit ist sie in geänderter Form angenommen und die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	14. Januar 2016

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung (bis max. 19.15 Uhr)
3. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 5. November 2015
4. Beschlusskontrolle
5. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
6. Informationen und Anfragen
7. (Vorlagen-Nr.: B 2016/005)
Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum Dezember 2015
8. (A 2015/025)
Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Errichtung eines Aufzuges am Bahnhof Freital Hainsberg-West
9. (A 2015/026)
Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen auf Schulung für die Freitaler Stadträte im Umgang mit rechter Gewalt, rechter Propaganda und deren Folgen

10. (A 2015/027)
Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen zur unverzüglichen Einberufung einer Bürgerversammlung zum Thema "Asylpolitik und wie gehen wir in der Stadt Freital damit in der Zukunft um"
11. (Vorlagen-Nr.: B 2015/074)
Verkauf des Grundstücks Fichtestraße 1 (Flurstücke 170/4 und 155/11 der Gemarkung Potschappel)

(Vorlagen-Nr.: B 2016/003)
Errichtung einer Asylunterkunft Fichtestraße
12. (Vorlagen-Nr.: B 2015/075)
Verkauf der Flurstücke 155/12, 158/4, 164/1, 166/2 und 167/1 jeweils der Gemarkung Potschappel
13. Zusammensetzung der Ausschüsse (§§ 42, 43 SächsGemO)
 - a) Finanz- und Verwaltungsausschuss,
 - b) Technischer und Umweltausschuss,
 - c) Sozial- und Kulturausschuss,
 - d) Bildungsausschuss,
 - e) Neuausrichtung städtischer Gesellschaften
 - 13.1. Einigung über die Zusammensetzung der Ausschüsse
 - 13.2. Im Falle der fehlenden Einigung Beschluss über die Benennung von Ausschussmitgliedern durch die Fraktionen
 - 13.3. Im Falle des fehlenden Beschlusses über die Benennung Wahl der Ausschüsse unter vorheriger Festlegung des Berechnungsverfahrens bei der Feststellung des Wahlergebnisses bei der Verhältniswahl
14. Besetzung der Aufsichtsräte
 - a) der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH,
 - b) der Wohnungsgesellschaft Freital mbH,
 - c) der Technischen Werke Freital GmbH,
 - d) der Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH,
 - e) der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH,
 - f) der FREITALER STROM+GAS GMBH
 - 14.1. Einigung über die Zusammensetzung der Aufsichtsräte
 - 14.2. Im Falle der fehlenden Einigung Beschluss über die Benennung von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Fraktionen
 - 14.3. Im Falle des fehlenden Beschlusses über die Benennung Wahl der Aufsichtsräte unter vorheriger Festlegung des Berechnungsverfahrens bei der Festlegung des Wahlergebnisses bei der Verhältniswahl
15. Berufung von sachkundigen Einwohnern in folgende Ausschüsse
 - a) Technischer und Umweltausschuss,
 - b) Sozial- und Kulturausschuss,
 - c) Bildungsausschuss
16. (Vorlagen-Nr.: B 2015/070)
Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2016

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung (bis max. 19.15 Uhr)

Der Bürger Herr Neumann äußert sich kritisch zu einem Interview mit Herrn Wolframm in der Sächsischen Zeitung im Jahr 2015. Auf Anfrage bei dem Redakteur wurde Herrn Neumann mitgeteilt, dass die in dem Artikel aufgeführten Worte das widerspiegeln was Herr Wolframm gesagt hat. Der Artikel wurde Herrn Wolframm zur Freigabe zugeschickt, worauf der Redakteur jedoch keine Antwort erhalten hat und davon ausgehen musste, dass dieser in Ordnung ist. Die Worte von Herrn Wolframm sind unwürdig und Herr Neumann möchte wissen, ob er sich dafür entschuldigt hat.

Herr Rumberg antwortet, dass die Thematik besprochen wurde und man zur Sacharbeit zurückgekehrt ist.

Der Bürger Herr Ryssel bemerkt zur aktuellen Asylpolitik, dass den Flüchtlingen, die vor Krieg und Not fliehen, geholfen werden muss. Flüchtlinge, die jedoch aus wirtschaftlichen Gründen kommen, sind auszuweisen. Dabei ist die Gefahr von eventuellen „Schläfern“ nicht zu unterschätzen. Die Gemeinden müssen durch die Unterbringung der Asylbewerber mit den Auswirkungen zurechtkommen und er fragt, wie dies in Zukunft mit der Unterbringung weitergehen soll.

Frau Dr. Darmstadt kommt. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg legt dar, dass die Gemeinden zur Mitwirkung bei der Unterbringung der Asylbewerber verpflichtet sind, ob sie dies wollen oder nicht. Für die Unterbringung ist der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zuständig. Generell ist festzustellen, dass die Asylthematik die Gesellschaft immer mehr spaltet.

Der Bürger Herr Jährling nimmt Bezug auf die vermehrten organisierten Übergriffe von Flüchtlingen auf die deutsche Bevölkerung und fragt, ob es zum Schutz der Freitaler Bevölkerung ein entsprechendes Konzept gibt.

Herr Rumberg verurteilt die Übergriffe. Was die Stadt Freital betrifft, gibt es engen Kontakt zur Polizei, die versichert, dass jede Anzeige bearbeitet wird. Persönlich sieht Herr Rumberg es als Fehler, dass in der Vergangenheit bei der Polizei in Größenordnungen eingespart wurde. Er wünscht sich für Freital, dass der Frieden gewahrt bleibt.

Herr Jährling entnimmt aus den Worten von Herrn Rumberg, dass es kein Konzept zum Schutz der Freitaler Bevölkerung gibt, auch nicht, wenn für das Jahr 2016 mit weiteren 3.000 bis 4.000 Asylbewerbern in Freital zu rechnen ist.

Herr Rumberg führt aus, dass es zu den 3.000 bis 4.000 Asylbewerbern keine bestätigten Aussagen gibt. Wenn die Zuzüge gegenüber den Ausweisungen von Asylbewerbern weiter steigen ist dies das Worst Case Szenario, was von vielen befürchtet wird. Für Entspannung würde sorgen, wenn diejenigen, die kein Bleiberecht erhalten, konsequent abgeschoben werden. Hinsichtlich der Sicherheitslage geht Herr Rumberg davon aus, dass die Polizei Notpläne, wo unter anderem dann auch die Bundespolizei gefragt ist, hat.

Herr Kretschmer-Schöppan stellt richtig, dass die Stadt Freital nach offizieller Mitteilung des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Jahr 2016 1.769 Asylbewerber aufzunehmen hat. Die von Herrn Jährling genannte Zahl von bis 4.000 kann nicht bestätigt werden.

Herr Ryssel möchte wissen, wie der Nachzug von Familien zu sehen ist.

Herr Rumberg antwortet, dass die Frage nicht von der Stadt Freital beantwortet werden kann, da die Zuständigkeit woanders liegt. Ihm ist jedoch bekannt, dass der Nachzug von Familien eingebremst werden soll.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 3

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 5. November 2015

Herr Rumberg führt aus, dass der Verwaltung eine schriftliche Einwendung von Herrn Mayer zur Niederschrift des 5. November 2015 zum TOP 11 vorliegt. Die Einwendung wurde geprüft und es handelt sich tatsächlich um einen Schreibfehler. Dies wurde im Original der Niederschrift bereits geändert.

Herr Weichlein fügt hinzu, dass das Austauschblatt den Stadträten morgen zugestellt wird.

Weitere Einwendungen zur Niederschrift gibt es nicht, so dass sie mit der einen Änderung bestätigt ist.

Tagesordnungspunkt 4

Beschlusskontrolle

Den Stadträten ist mit Datum vom 12. Januar 2016 die Beschlusskontrolle für das Jahr 2015 und die zurückliegenden Jahre zugegangen. Für eventuelle Fragen steht das Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt 5

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Rumberg informiert, dass mit Datum 18. Dezember 2015 die Koordinationsstelle Asyl vom Freistaat gefördert wird und seitdem mit Herrn Brestrich besetzt ist.

Herr Kretschmer-Schöppan legt dar, dass mit Stand 13. Januar 2016 dezentral 295 und zentral in der Unterkunft Am Langen Rain 119 Asylbewerber in Freital untergebracht sind. Hinzukommen 100 Personen in der Erstaufnahme im Objekt Am Langen Rain. Für das Jahr

2015 hatte die Stadt Freital nach dem Königsteiner Schlüssel 399 Asylbewerber unterzubringen, letztendlich waren es Ende des Jahres 421. Für das Jahr 2016 wird laut offiziellen Mitteilungen des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge für Freital mit 1.769 Asylbewerbern gerechnet. Mit der Besetzung der Stabsstelle Asyl werden die entsprechenden Aktivitäten der Integration koordiniert.

Herr Brestrich stellt sich und seinen Aufgabenbereich kurz vor.

Herr Mayer bittet um Ergänzung, um wieviel Kinder, Frauen und Männer es sich bei den Asylbewerbern handelt.

Herr Kretschmer-Schöppan führt aus, dass in der zentralen Unterkunft Am Langen Rain 118 Männer und eine Frau leben (ohne die Erstaufnahme). Dezentral sind es 34 Kinder, 23 Frauen und 238 Männer.

Herr Frost bemängelt die Unterscheidung zwischen der Erst- und Zweitaufnahme. Die Asylbewerber leben in Freital und demzufolge sollten auch die aktuellen Zahlen der Erstaufnahme mit genannt werden.

Herr Kretschmer-Schöppan wiederholt, dass momentan zu den 414 in Freital lebenden Asylbewerbern 100 in der Erstaufnahme hinzukommen.

Frau Mihály-Anastasio fragt, ob die für 2016 prognostizierten Asylbewerber zu denen aus dem Jahr 2015 hinzukommen.

Herr Kretschmer-Schöppan bejaht, dass die 1.769 für 2016 zuzüglich zu den 414 im Jahr 2015 zu sehen sind.

Herr Abraham bittet, auch die Nationalitäten mit zu erfassen und bekannt zu geben.

Herr Rumberg wird prüfen lassen, ob dies möglich ist.

Herr Frenzel fragt nach dem Stand zur möglichen Belegung von Turnhallen in Freital.

Herr Rumberg antwortet, dass eng mit dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zusammengearbeitet wird, damit eine Belegung von Turnhallen nicht notwendig wird. Turnhallen sind wirklich das letzte Mittel, wenn es keine anderen Unterbringungsmöglichkeiten mehr gibt.

Frau Müller informiert über ein Gespräch mit einem Bürger aus Zauckerode, in dem geäußert wurde, dass in die Grundschule Wurgwitz Asylbewerber einziehen, weil dort welche gesehen wurden. Sie haben aber nur bei Arbeiten geholfen. Anhand dieses Beispiels erkennt man, wieviel in bestimmte Dinge hinein interpretiert und falsch erzählt wird.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 6

Informationen und Anfragen

Herr Rumberg informiert, dass allen Stadträten die Berichterstattung des Ordnungsamtes zu den Kontrollen auf Einhaltung der Polizeiverordnung, Straßenreinigungssatzung und Hundepolizeiverordnung für das 2. Halbjahr 2015 zugegangen ist. Des Weiteren wurden folgende Anfragen schriftlich beantwortet:

- von Herrn Richter zum Stand der Verhandlungen mit der Volkshochschule hinsichtlich eines zentralen Standortes mit der Bibliothek
- der Fraktion SPD/Die Grünen
 - zum Willkommensbündnis Freital
 - zur Unterbringung von Asylbewerbern in menschenwürdigen Unterkünften
 - zum Umgang mit Opfern der Anschläge rechter Gewalt in Freital
 - zum Serverraum Hüttenstraße
 - zur Standortentscheidung der Stadtbibliothek
 - zur Lederfabrik

Am 27. Januar 2016, 17.00 Uhr findet am Mahnmal Platz des Friedens für die Opfer des Nationalsozialismus eine Kranzniederlegung statt. Herr Rumberg bittet, bis 22. Januar 2016 der Verwaltung mitzuteilen, welche Fraktion die Gedächtnisgedenkrede halten wird.

Herr Richter fragt bezüglich der Antwort der Verwaltung zum gemeinsamen Standort der Bibliothek mit der Volkshochschule, wie der Mietpreis, welcher von der Volkshochschule zu zahlen ist, in der Vorlage B 2015/071 zustande kommt, wenn noch keine konkreten Verhandlungen mit der Volkshochschule gelaufen sind. Des Weiteren bittet er um eine Aufstellung der Schäden in der Silvesternacht und der Schadenshöhe. Zu den Farbattacken gegen das Rathaus und den Mordaufruf gegen Herrn Rumberg im Dezember 2015 möchte Herr Richter wissen, ob die Täter schon ermittelt werden konnten.

Herr Rumberg führt zu den Farbattacken und dem Mordaufruf aus, dass die Ermittlungen laufen, aber noch keine konkreten Hinweise vorliegen. Die ständigen Farbattacken auf das Rathaus verurteilt Herr Rumberg aufs Schärfste.

Herr Dr. Wasner fragt im Bezug auf den Beschluss Nr.103/2015 welche zuständigen Stellen von Seiten der Verwaltung informiert wurden, dass eine menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern in Freital nicht mehr möglich ist. Des Weiteren fragt er nach der Stellungnahme des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zur Rechtmäßigkeit des Beschlusses Nr. 103/2015.

Herr Rumberg legt dar, dass der Beschluss dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mitgeteilt wurde. Da sich die Stadt Freital mit dem Beschluss nicht ihrer Verantwortung zur Unterbringung von Asylbewerbern entzieht und der Landkreis auch weiter davon ausgeht, kooperativ mit der Stadt Freital zusammenzuarbeiten, wird der Beschluss toleriert. Dass eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr möglich ist, wird den entsprechenden übergeordneten Stellen noch mitgeteilt.

Herr Dr. Wasner verweist auf einen Artikel in der Sächsischen Zeitung, wo dargelegt wird, dass der Gewinn des Abwasserbetriebes in die Stadtkasse fließt. Laut Beschluss des Stadtrates wird der Jahresgewinn 2014 des Abwasserbetriebes auf neue Rechnung vorgetragen. Er möchte wissen, ob auf diese Falschmeldung reagiert wurde.

Herr Hartig antwortet, dass er ein Gespräch mit dem Redakteur geführt und die Thematik richtig gestellt hat.

Herr Gliemann informiert, dass sich die Stadträte Frau Mihály-Anastasio, Herr Frenzel, Herr Jonas und er selbst zur Fraktion Freie Wähler Freital zusammengeschlossen haben. Die Position der Fraktion ist demokratisch konservativ und sie wünscht sich eine gute Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Stadtrates und der Verwaltung zum Wohle der Stadt Freital. Hinsichtlich des Winterdienstes bemerkt Herr Gliemann, dass dieser von Pesterwitz kommend bis zum Buswendeplatz an der Oberpesterwitzer Straße stattfindet und dort endet. Er bittet zu prüfen, ob der Winterdienst die Oberpesterwitzer Straße weiter befahren oder wenigstens ein Schild „Winterdienst endet hier“ aufgestellt werden kann. Der Übergang von einem beräumten zu einem nicht beräumten Abschnitt stellt eine Gefahr dar.

Herr Rülke bittet zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, den Stadträten für das iPad eine Vollversion von Office, jedoch mindestens Excel, PowerPoint und Word zur Verfügung zu stellen und welche Kosten dies verursachen würde.

Herr Rumberg wird sowohl den Hinweis zum Winterdienst als auch die Bereitstellung einer Vollversion von Office prüfen lassen.

Herr Pfitzenreiter bittet bezüglich des Beschlusses 047/2015 zum Areal „Sächsischer Wolf“ um Mitteilung des aktuellen Standes und Zusendung eines Terminplanes zur Ausschreibung bis hin zum Stadtratsbeschluss.

Herr Schautz antwortet, dass die Thematik verwaltungsintern schon besprochen und am kommenden Montag nochmals in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters abgestimmt wird. Die entsprechenden Informationen werden den Stadträten zeitnah zugehen.

Herr Mayer nimmt Bezug auf die Antworten zu den Anfragen von Herrn Specht zum neuen zentralen Standort der Stadtbibliothek aus den letzten Stadtratssitzungen und bemängelt, dass diese sehr allgemein gehalten sind, vor allem hinsichtlich der Deckenlast. Die Decken eines Kaufhauses, wie die Räume im City Center errichtet und genutzt wurden, müssen eine Nutzlast von 4.000 Newton/qm erfüllen, die einer Bibliothek 5.000 bzw. 6.000 Newton/qm. Daher bittet er nochmals um eine fachmännische Aussage, ob die Deckenlast für eine Bibliothek gegeben ist.

Herr Leuschner legt dar, dass ein Planungsbüro einbezogen ist und es von ihm keine Bedenken zur Deckenlast gibt. Die Deckenlast von 5.000 Newton/qm ist gegeben, was auch durch den Vermieter verbindlich bestätigt wurde und so auch im Entwurf des Mietvertrages enthalten ist.

Herr Nagel geht aufgrund der Antwort von Herrn Leuschner davon aus, dass die Bestätigung der Deckenlast nur auf Informationen beruht und es keine Prüfung oder Berechnung gegeben hat.

Herr Rumberg bestätigt die Aussage nicht.

Herr Frenzel nimmt Bezug auf seine Anfrage F 2015/034 zur Ausschilderung einer 30 km/h-Zone auf dem Raschelberg. Die Antwort vom 24. November 2015 spiegelt nicht sein Ansinnen wieder. Ihm geht es nicht darum zu erfahren, dass es nicht möglich ist, sondern er bittet um Darlegung, wie es möglich wäre, eine 30 km/h-Zone einzurichten. Des Weiteren ist es nicht als Anfrage sondern als Antrag an die Verwaltung eingereicht worden, wozu ein Beschluss des Stadtrates gefordert wurde.

Herr Rumberg wird es prüfen.

Herr Mayer erläutert, dass Herr Rumberg einem Irrtum unterliegt, was die Deckenlast im neuen zentralen Standort der Bibliothek im City Center betrifft. In der schriftlichen Antwort der Verwaltung steht ausdrücklich drin, dass entsprechende Informationen eingeholt wurden und somit wurden keine Berechnungen durchgeführt.

Herr Rumberg weist darauf hin, dass es sich bei dem City Center um einen Neubau aus dem Jahr 1990 handelt, wozu entsprechende Bauunterlagen vorliegen und mit der Baugenehmigung die Statik geprüft wurde. Wenn Fachleute die Deckenlast bestätigen, hat er keinen Grund, diese Aussagen anzuzweifeln.

Herr Brandau verweist auf die DIN 1055-3 wo 5.000 Newton/qm für Bibliotheken vorgeschrieben sind, aber dennoch eine Empfehlung einer 20 %igen höheren Deckenlast ausgesprochen wird.

Frau Druhm bittet zu prüfen, im unteren Bereich der Straße Am Graben ein Straßenschild anzubringen, da Rettungskräfte bestimmte Grundstücke nicht finden.

Herr Rumberg wird es prüfen lassen.

Herr Wolfram übergibt Herrn Rumberg eine Unterschriftensammlung von Bürgern aus Saalhausen und Zauckerode, die sich gegen die Schließung der Zweigstelle der Bibliothek in Zauckerode aussprechen, wenn die zentrale Bibliothek im City Center eröffnet wird.

Frau Mihály-Anastasio fragt im Namen eines Bürgers, welche Maßnahmen die Stadt Freital unternimmt, um das Image der Stadt zu verbessern.

Herr Rumberg schildert, dass die Stadt Freital ständig am guten Image arbeitet und nicht nur bei der Thematik Asyl, wenn die Frage darauf abzielte. Für ein gutes Image sind auch sanierte Kindereinrichtungen usw. notwendig, in die in den letzten Jahren viel investiert wurde.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 7

B 2016/005

Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum Dezember 2015

Herr Richter fragt, um welche Sachspenden es sich bei der Freiwilligen Feuerwehr und Jugendfeuerwehr handelt.

Herr Rumberg antwortet, dass es sich um Würste und kleine Taschenmesser als Schlüsselanhänger handelt, wo bei der Jugendfeuerwehr im Vorfeld das Einverständnis der Erziehungsberechtigten eingeholt wurde, das Taschenmesser auszuhändigen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 004/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die in der Anlage 1 aufgeführten Spenden anzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Errichtung eines Aufzuges am Bahnhof Freital Hainsberg-West

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 17. Dezember 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 5. Januar 2016

Herr Heinzmann verweist auf die Informationsvorlage I 2015/020 in der Ziele zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention definiert sind. Dass die notwendige Frequenz von 1.000 Ein- und Ausstiegen pro Tag am Bahnhof Hainsberg-West nicht erreicht wird, ist nachvollziehbar, weil ein großer Teil der Bevölkerung von vornherein ausgeschlossen wird, den Bahnsteig zu nutzen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, im Zuge von Ankäufen von der Deutschen Bahn in Potschappel eine Fläche in Hainsberg-West mit zu erwerben. Herr Heinzmann bittet, dem Antrag A 2015/025 zuzustimmen.

Herr Rülke ist sich sicher, dass keiner gegen einen Aufzug am Haltpunkt Hainsberg-West ist. Dennoch ist es nicht Aufgabe der Stadt Freital, es ist Aufgabe der Deutschen Bahn. Hinzukommt, dass sich der Erwerb von Grund und Boden in der Nähe von Bahnanlagen schwierig gestalten wird. Auch die Zuständigkeit für Reinigung, Streupflicht, Wartung usw. ist zu klären. Herr Rülke stellt im Namen der CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

- der Punkt 1 lautet:

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, sich erneut mit der Deutschen Bahn AG in Verbindung zu setzen und auf einen behindertengerechten Ausbau des Haltepunktes Freital Hainsberg-West hinzuwirken. Dabei sind die besonderen Belange der Förderschule „G“, des Alten- und Pflegeheims „Herbstsonne“, der Oberschule Geschwister Scholl in Hinblick auf die Inklusionsaspekte und anderer Anlieger ausführlich darzustellen.

- der Punkt 2 bleibt unverändert

- der Punkt 3 wird ersatzlos gestrichen, weil dieser aussagt, dass Mittel für den Bau des Aufzuges zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Wasner spricht sich dagegen aus, den Punkt 3 zu streichen.

Frau Mihály-Anastasio spricht sich grundsätzlich für den Bau eines Aufzuges aus, auch weil das Gebiet in dem Bereich mehr und mehr gestaltet wird und sich das Pflegeheim und die Förderschule G dort befinden. Die Stadt ist jedoch nicht zuständig und ist auch nicht Eigentümer der Fläche.

Herr Käsemodel äußert, hätte die Stadtverwaltung den Beschluss aus dem Jahr 2014 umgesetzt und wäre an der Thematik dran geblieben, würde es heute einen wesentlich deutlicheren Sachstand geben. Die Verwaltung hat sich in den letzten Jahren weder mit der Deutschen Bahn noch mit dem VVO als Aufgabenträger in Verbindung gesetzt. Herr Käsemodel stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu und schlägt vor, hinter den Worten „der Deutschen Bahn AG“ die Worte „und dem VVO“ einzufügen.

Herr Rülke greift den Vorschlag zur Erweiterung des Beschlussvorschlages mit den Worten „und dem VVO“ auf und nimmt dies als Änderung in den Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf.

Herr Mayer hält den Aufzug am Haltepunkt Hainsberg ebenfalls für wichtig. Es handelt sich aber um ein Gelände der Deutschen Bahn, die dafür auch zuständig ist. Er unterstützt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Eventuell wäre es ein Anreiz für die Deutsche Bahn, wenn die Stadt Freital einen Zuschuss zum Aufzug gibt. Er stellt den Antrag, in den Beschlussvorschlag einen möglichen Zuschuss bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn mit anzusprechen.

Frau Dr. Darmstadt ist der Auffassung, dass es Aufgabe des Betreibers ist, einen Zugang behindertengerecht auszubauen und auf diese Verpflichtung sollte die Deutsche Bahn hingewiesen werden.

Herr Wolframm stimmt seinen Vorrednern zu.

Herr Rumberg fasst zusammen, dass der Stadtrat sich einig ist, dass ein Aufzug am Haltepunkt Hainsberg-West notwendig ist, es sich aber um ein Grundstück der Deutschen Bahn handelt. Den Vorwurf von Herrn Käsemödel, dass die Verwaltung in den zurückliegenden Jahren nicht tätig geworden ist, weist er zurück. Es handelt sich hier um ein Gelände der Deutschen Bahn, wo die Stadt Freital keinen Einfluss hat. In Gesprächen mit der Deutschen Bahn wurde aber signalisiert, dass sie nach und nach alle ihre Haltepunkte behindertengerecht ausbaut. Ein Budget in unbekannter Höhe im Haushalt einzustellen lehnt Herr Rumberg ab. Er sieht den Änderungsantrag der CDU-Fraktion als den weitreichenderen, den er auch als erstes zur Abstimmung bringen wird.

Herr Nagel kennt die Auffassung der Bahn, dass sie nicht verpflichtet ist, einen Aufzug zu errichten. Die als Grundlage notwendigen Fahrgastzahlen könnten erreicht werden, wenn der Haltepunkt behindertengerecht ausgebaut wird. Die Stadt Freital kann sich aber ihrer Verpflichtung nicht ganz entziehen, die Maßnahme intensiv zu begleiten und zu fordern.

Herr Richter bemerkt, dass die Fraktion DIE LINKE. dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion folgen kann, wenn dies nicht als CDU-Fraktion sondern als Beschlussvorschlag des Stadtrates beziffert wird. Des Weiteren sollte vierteljährlich über den Stand informiert werden.

Herr Mayer zieht seinen Antrag zurück.

Herr Rumberg versichert, dass die Verwaltung sich mit all ihren Möglichkeiten dafür einsetzen wird, damit der Haltepunkt Hainsberg-West einen Aufzug bekommt.

Herr Richter folgt im Namen der Fraktion DIE LINKE. dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Der Stadtrat spricht sich für eine regelmäßige Information und nicht eine vierteljährliche aus.

Der zur Abstimmung stehende Beschlussvorschlag lautet nunmehr wie folgt:

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, sich erneut mit der Deutschen Bahn AG und dem VVO in Verbindung zu setzen und auf einen behindertengerechten Ausbau des Haltepunktes Freital Hainsberg-West hinzuwirken. Dabei sind die besonderen Belange der Förderschule „G“, des Alten- und Pflegeheims „Herbstsonne“, der Oberschule Geschwister Scholl in Hinblick auf die Inklusionsaspekte und anderer Anlieger ausführlich darzustellen.
2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, fortlaufend über den Fortschritt seiner Aktivitäten zur Installation eines Aufzuges am Bahnhof Freital Hainsberg-West regelmäßig zu informieren.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung vorgenannten Beschlussvorschlages.

Beschluss-Nr.: 005/2016

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, sich erneut mit der Deutschen Bahn AG und dem VVO in Verbindung zu setzen und auf einen behindertengerechten Ausbau des Haltepunktes Freital Hainsberg-West hinzuwirken. Dabei sind die besonderen Belange der Förderschule „G“, des Alten- und Pflegeheims „Herbstsonne“, der Oberschule Geschwister Scholl in Hinblick auf die Inklusionsaspekte und anderer Anlieger ausführlich darzustellen.**
- 2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, fortlaufend über den Fortschritt seiner Aktivitäten zur Installation eines Aufzuges am Bahnhof Freital Hainsberg-West regelmäßig zu informieren.**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 9

A 2015/026

Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen auf Schulung für die Freitaler Stadträte im Umgang mit rechter Gewalt, rechter Propaganda und deren Folgen

Herr Wolframm erläutert den Antrag und gibt folgenden geänderten Beschlussvorschlag bekannt:

„Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister bis April 2016 eine Beratung des Stadtrates zum Thema - Entwicklung von Kriminalität, Gewaltbereitschaft und Extremismus in der Großen Kreisstadt Freital - zu organisieren. Dazu sind Sachverständige gemäß § 44 Abs. 1 SächsGemO hinzuzuziehen.“

Herr Richter und Herr Meyer stimmen im Namen der jeweiligen Fraktionen dem geänderten Beschlussvorschlag zu.

Für Herrn Dr. Wasner sind die Worte „politisch motivierte Gewalt“ im Betreff des Antrages wie sie im Finanz- und Verwaltungsausschuss vorgeschlagen wurden, klarer definiert als das Wort „menschenfeindlich“.

Herr Wolframm sieht in Beiden das Gleiche, Gewalt ist Gewalt, ob politisch oder menschenfeindlich.

Herr Mayer unterstützt die Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß § 44 Abs. 1 Sächsischer Gemeindeordnung. Dabei sollte es neben Gewalt auch um die allgemeine Kriminalität, wie Raubüberfälle, gehen.

Frau Mihály-Anastasio findet es falsch, die Stadt mit der Beratung zu beauftragen, weil damit auch Kosten verbunden sind. Eine Informationsveranstaltung für Stadträte ist ausreichend. Des Weiteren stellt sie sich die Frage, weshalb die Thematik öffentlich besprochen wird, da es nur die Stadträte und nicht die Öffentlichkeit betrifft.

Herr Pfitzenreiter erinnert, dass es den Kriminalpräventiven Rat gibt, wo Themen wie Extremismus, Gewalt usw. diskutiert werden.

Herr Weichlein fragt Herrn Wolframm, ob es das Anliegen der Fraktion SPD/Die Grünen ist, die einzelnen Themen, die bei einer Beratung der Stadträte im Vordergrund stehen, mit dem Beschlussvorschlag zu beschließen.

Herr Wolframm verneint, weil diese je nach Bedarf erweitert bzw. geändert werden können.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den heute eingereichten geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion SPD/Die Grünen.

Beschluss-Nr.: 006/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister bis April 2016 eine Beratung des Stadtrates zum Thema - Entwicklung von Kriminalität, Gewaltbereitschaft und Extremismus in der Großen Kreisstadt Freital - zu organisieren. Dazu sind Sachverständige gemäß § 44 Abs. 1 SächsGemO hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	1

Tagesordnungspunkt 10

A 2015/027

Antrag der Fraktion SPD/Die Grünen zur unverzüglichen Einberufung einer Bürgerversammlung zum Thema "Asylpolitik und wie gehen wir in der Stadt Freital damit in der Zukunft um"

Herr Wolframm erläutert den Antrag.

Herr Pfitzenreiter bedauert, dass bei der letzten Bürgerversammlung am 6. Juli 2015 einige Bürger wegen fehlenden Plätzen nicht hereingelassen wurden. Aufgrund der anhaltenden Anfeindungen gegenüber dem Oberbürgermeister ist es jedoch ungünstig, dass er als „Zielscheibe“ im Podium einer Bürgerversammlung sitzt. Für die Bürger gibt es die Informationen zur aktuellen Asylthematik in jedem Stadtrat. Von Herrn Wolframm wünscht sich Herr Pfitzenreiter, dass er als Kreisrat den Landkreis auffordert, seiner Informationspflicht nachzukommen und eine entsprechende Veranstaltung in Freital organisiert. Vom Termin her wird es schwierig sein bis 30. Januar 2016 eine Bürgerversammlung einzuberufen. Daher schlägt er vor, Bürgerversammlungen bei Bedarf einzuberufen, zum Beispiel wenn es doch zu einer Belegung von Turnhallen kommt. Herr Pfitzenreiter stellt den Antrag, die Worte „unverzüglich, spätestens jedoch bis 30. Januar 2016“ durch die Worte „bei Bedarf“ zu ersetzen.

Herr Gliemann ist prinzipiell der Meinung, dass die Bürger durch Bürgerversammlungen aufgeklärt werden. Jedoch ist es bei den letzten Versammlungen so gewesen, dass der Oberbürgermeister oder andere Vertreter der Stadt nicht weiterhelfen konnten, weil die von den Bürgern gestellten Fragen an die Bundesregierung zu stellen und auch von dort zu beantworten sind. Hinzukommt, dass sich heute die Meinungsäußerungen in der Politik

häufig ändern. Wenn eine Bürgerversammlung einberufen wird, sollten auch Leute eingeladen werden, von denen ehrliche Antworten zu erwarten sind.

Herr Richter bemerkt, dass man den Bürgern von Freital eine weitere Bürgerversammlung schuldig ist, wobei das Datum bis zum 30. Januar 2016 fast nicht zu halten ist. Zum Antrag von Herrn Pfitzenreiter, bei Bedarf eine Bürgerversammlung einzuberufen führt er aus, dass dieser Bedarf bereits gegeben ist. Der Oberbürgermeister soll die Bürgerversammlung organisieren, dass er letztendlich im Podium sitzen muss, ist nicht der Fall.

Herr Brandau möchte wissen, von wem eine weitere Bürgerversammlung versprochen wurde.

Herrn Meyer ist in Erinnerung, dass Herr Mayer, Herr Pfitzenreiter und Herr Wolframm diejenigen waren, die eine weitere Bürgerversammlung den Bürgern vor dem Kulturhaus versprochen haben. Auf dieses Versprechen wurde in vergangenen Stadtratssitzungen vermehrt hingewiesen und dem sollte auch gefolgt werden. Wie vor Monaten schon von Herrn Nagel gebeten, sollten diese Veranstaltungen nicht wieder in Kirchenräumen stattfinden.

Herr Mayer bestätigt, dass bei der Einwohnerversammlung am 6. Juli 2015 viele Bürger aus Sicherheitsgründen nicht mehr in das Kulturhaus gelassen wurden, weil keine Plätze mehr waren. Diesen wurde eine weitere Einwohnerversammlung versprochen, was Herr Mayer auch gern einhalten möchte. Dennoch gab es zu der Einwohnerversammlung viel Unruhe, was so nicht wieder sein darf und auch dem Image der Stadt nicht gut tut. Da die weiteren durchgeführten Anwohnerversammlungen mit einem bestimmten geladenen Kreis ruhiger und sachlicher abliefen, sollte diese Form beibehalten werden, aber nicht in einer Kirche. Für eine weitere Einwohnerversammlung schlägt Herr Mayer vor, den Zugang nur vorher angemeldeten Personen zu erlauben.

Herr Rumberg bestätigt seine guten Erfahrungen mit Anwohnerversammlungen, die bei Bedarf mit einem bestimmten Personenkreis einberufen wird. An dieser Verfahrensweise hält er fest. Die Stadt Freital muss von ihrem Image, was sehr von der Presse angeheizt wurde, ein „radikales“ Städtchen zu sein, weg. Auch von Seiten der Polizei wird vor öffentlichen Versammlungen gewarnt, weil diese immer polarisieren. Durch die monatlichen Informationen in den öffentlichen Stadtratssitzungen werden die Bürger über den aktuellen Stand der Asylthematik informiert. Herr Rumberg spricht sich für den Antrag der CDU-Fraktion aus, bei „Bedarf“ und dann im kleineren Rahmen eine Anwohnerversammlung durchzuführen.

Herr Rülke spricht sich persönlich gegen das Wort „Bedarf“ aus. Bei der am 6. Juli 2015 stattgefundenen Einwohnerversammlung wurden aus Sicherheitsgründen nicht alle Personen in das Kulturhaus gelassen. Das dort abgegebene Versprechen einer weiteren Einwohnerversammlung kann man unterschiedlich bewerten, denn immerhin wurden von Herrn Rumberg Anwohnerversammlungen für jeweils betroffene Personenkreise durchgeführt, die sachlicher und ruhiger abgelaufen sind. Ob sie letztendlich in Kirchen stattfinden müssen, sei dahingestellt. Herr Rülke spricht sich für die von Herrn Rumberg favorisierten Anwohnerversammlungen aus.

Herr Frost widerspricht den Äußerungen von Herrn Rülke. Das zur Einwohnerversammlung im Juli 2015 so viel Leute da waren, die nicht alle in das Kulturhaus passten, zeigt wie groß der Bedarf an Einwohnerversammlungen ist. Nur Anwohnerversammlungen durchzuführen, ist nicht der richtige Weg.

Herr Wolframm legt dar, dass nichts gegen die Anwohnerversammlungen spricht. Die Asylbewerber sind aber im ganzen Stadtgebiet da und es werden 2016 weitere

hinzukommen, wo in einer Einwohnersammlung alle Bürger, die nicht in unmittelbare Nähe zu Asylbewerbern wohnen, ebenfalls informiert werden sollten. Herr Wolframm wünscht sich ebenfalls eine ruhige Veranstaltung. Eine Möglichkeit wäre, eine bestimmte Platzanzahl freizugeben und die Bürger können sich anmelden. Wenn die Plätze belegt sind, dann ist Schluss.

Herr Brandau bittet, dass Thema gemeinsam zu lösen und sich nicht zu streiten. Die Stadträte haben die Pflicht transparent mit Themen umzugehen, denn sie werden von den Bürgern gewählt und müssen dementsprechend auch Rede und Antwort stehen.

Herr Gliemann ist der Meinung, dass es keine Rolle spielt, ob das Wort „Bedarf“ im Beschlussvorschlag aufgeführt wird oder nicht, denn der Bedarf, die Bürger zu informieren, ist bereits da. Die Idee, Besucher einer Einwohnerversammlung vorher in eine Teilnehmerliste einschreiben zu lassen, begrüßt er.

Frau Dr. Darmstadt stimmt ebenfalls einer festen Personenzahl mit vorheriger Anmeldung zu, sieht aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Einwohnerversammlung als falsch an. Man sollte an der Thematik sowie an einem Integrationskonzept dran bleiben, Fragen sammeln und zu einem späteren Zeitpunkt eventuell eine Fragestunde mit aussagekräftigen Fachleuten/Verantwortlichen durchführen.

Herr Specht sieht es ebenfalls als Pflicht gegenüber der Freitaler Bevölkerung, eine Einwohnerversammlung durchzuführen. In der am 1. Juli 2015 fraktionsübergreifend, (außer Fraktion DIE LINKE.) und vom jetzigen Oberbürgermeister unterschriebenen Erklärung wird eine frühzeitige und umfassende Information gegenüber den Bürgern versichert.

Herr Mayer reicht aufgrund der Diskussion folgenden Änderungsantrag ein:
Die Worte „unverzüglich, spätestens jedoch bis 30. Januar 2016“ werden geändert in die Worte „im 1. Quartal 2016 bzw. bis Ende März“. Weiterhin wird der Absatz „Die Bürgerschaft ist rechtzeitig zu informieren. Interessierten Einwohnern ist die Teilnahme nach Anmeldung zu ermöglichen, insbesondere denjenigen, die aus Kapazitätsgründen an der letzten Bürgerversammlung nicht teilnehmen konnten.“ eingefügt.

Herr Rumberg weist darauf hin, dass die Personen, die zur Einwohnerversammlung am 6. Juli 2015 aus Platzgründen nicht in das Kulturhaus gelassen wurden, namentlich nicht erfasst sind.

Herr Mayer legt dar, dass daher die Bevölkerung über die Einwohnerversammlung informiert und aufgerufen wird, dass Diejenigen, die es betrifft, sich bei der Verwaltung melden.

Herr Nagel warnt davor, die Problematik zu zerreden, denn es gibt eine Verpflichtung gegenüber den Freitaler Bürgern.

Herr Richter verlässt den Saal. Somit sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Brandau geht davon aus, dass das Anliegen von einigen falsch verstanden wird. Es geht nicht darum, die Freitaler zu informieren, wann welches Gebäude belegt wird, sondern von Fachleuten zu gewissen Fragen qualifizierte Antworten zu bekommen. Wie zum Beispiel, dass die Nennung von Wohnungen notwendig ist, damit es zu keiner Belegung von Turnhallen kommt.

Herr Rumberg bringt den Antrag der CDU-Fraktion, die Worte „unverzüglich, spätestens jedoch bis 30. Januar 2016“ durch die Worte „bei Bedarf“ zu ersetzen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	16
Stimmenthaltungen:	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Wolframm ändert als einreichende Fraktion den Beschlussvorschlag dahingehend, dass das Datum „30. Januar 2016“ durch das Datum „30. April 2016“ ersetzt wird.

Herr Rumberg bringt den Antrag von Herrn Mayer, einen weiteren Absatz in den Beschlussvorschlag aufzunehmen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	5

Damit ist der Antrag angenommen und der Beschlussvorschlag wird entsprechend ergänzt.

Herr Richter kommt wieder in den Saal. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 007/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister unverzüglich, spätestens jedoch bis 30. April 2016, eine Bürgerversammlung in Freital einzuberufen und zu organisieren, um die Bürger zu informieren und mit den Bürgern das Thema Asyl zu besprechen.

Die Bürgerschaft ist rechtzeitig zu informieren. Interessierten Einwohnern ist die Teilnahme nach Anmeldung zu ermöglichen, insbesondere diejenigen, die aus Kapazitätsgründen an der letzten Bürgerversammlung nicht teilnehmen konnten.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	2

Herr Rülke erklärt zu seinem Stimmverhalten, dass es ihm nicht darum geht, die Bürger nicht zu informieren, lediglich die Form der Veranstaltung ist nicht zielführend.

Verkauf des Grundstücks Fichtestraße 1 (Flurstücke 170/4 und 155/11 der Gemarkung Potschappel)**Errichtung einer Asylunterkunft Fichtestraße****B 2016/003**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA) am 24. November 2015
Behandlung im Stadtrat am 3. Dezember 2015
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA) am 5. Januar 2016

Herr Schautz informiert, dass die Vorlage B 2015/074 im Stadtrat Dezember 2015 vertagt wurde, um die Möglichkeit der Unterbringung von Asylbewerber in dem Objekt zu prüfen. Die Grundstücke der Vorlage B 2015/074 und die der Vorlage B 2015/075 (TOP 12) wurden der Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft Sächsische Schweiz mbH (GVS) angeboten, die jedoch von dieser für die Unterbringung von Asylbewerbern als ungeeignet eingeschätzt werden. Unabhängig davon wurde für die Fichtestraße 1 ein Konzept, das Objekt einer entsprechenden Nutzung zuzuführen, erstellt und dementsprechend auch im Vorgriff auf den Finanz- und Verwaltungsausschuss am 5. Januar 2016 sowie heutigen Stadtrat die Vorlage B 2016/003 auf die Tagesordnung genommen. Das Konzept wurde entsprechend mit der GVS besprochen. Aufgrund der notwendigen Investitionen und der Möglichkeiten der Vertragsgestaltung durch die GVS ist die Maßnahme wirtschaftlich nicht darstellbar. Nach nochmaliger Abstimmung innerhalb der Verwaltung wurde der GVS mitgeteilt, dass die Fichtestraße 1 unter den Bedingungen nicht zur Verfügung steht und demzufolge gibt es auch keine mit Inhalt gefüllte Vorlage B 2016/003. Unabhängig davon wurde gegenüber der GVS die Bereitschaft erklärt, weiter nach Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber im Stadtgebiet zu suchen. Herr Schautz geht kurz auf die Sach- und Rechtslage der Vorlage B 2015/074 ein und bittet, dem Verkauf zuzustimmen.

Herr Dr. Wasner bemerkt, dass die Fichtestraße in einem Mischgebiet liegt, wo nach Baunutzungsverordnung Wohngebäude zulässig sind. Daher ist die Bereitstellung von Wohnungen für Asylbewerber oder eventuell Sozialwohnungen nicht von der Hand zu weisen. Dies sollte von der Wohnungsgesellschaft Freital mbH dahingehend noch einmal geprüft werden, bevor einem Verkauf zugestimmt wird. Vor allem mit dem Blick der möglichen Förderung im Sanierungsgebiet. Herr Dr. Wasner stellt den Antrag, die Beschlussfassung der Vorlage B 2015/074 zu vertagen, bis eine Prüfung durch die Wohnungsgesellschaft Freital mbH erfolgt ist.

Herr Rumberg spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Brandau äußert, dass ein gewisser Puffer vorhanden sein muss, um die erwartete Anzahl an Asylbewerber unterzubringen und spricht sich daher gegen die Vorlage B 2015/074 aus. Es nur aus wirtschaftlicher Sicht zu sehen, ist nicht angemessen. Die Stadt hat 17 Mio. Euro und sie sollte ein gewisses Risiko eingehen, um auch den vorprogrammierten Stress bei einer möglichen Belegung von Turnhallen zu umgehen.

Herr Pfitzenreiter verweist auf den Entwurf des Haushaltsplans 2016, wo Investitionen (z. B. Schulgebäude) in Höhe von 17 Mio. Euro geplant sind. Mittel in den Umbau für die Asylunterbringung zu stecken, wenn man nicht weiß, ob diese dann genutzt werden bzw. ob diese perspektivisch als Wohnraum nutzbar sind, lehnt er ab. Man sollte sich auch die Frage stellen, ob eine Gewerbeimmobilie tatsächlich zu einer menschenwürdigen Asylunterkunft zählt.

Herr Dr. Wasner stellt richtig, dass mit der Vertagung der Vorlage B 2015/074 im Dezember 2015 geprüft werden sollte, ob das Objekt Fichtestraße 1 zur Unterbringung von Asylbewerbern geeignet ist. Der von ihm heute gestellte Antrag hingegen beruht darauf zu prüfen, ob die Wohnungsgesellschaft Freital mbH die Möglichkeit der Schaffung von Wohnraum sieht. Es gibt auch eine gewisse Notwendigkeit den Sozialwohnungsbau zu betreiben.

Frau Güttel schildert, dass das ganze Gebiet um die ehemalige Maschinenfabrik an der Fichtestraße im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, in dem Wohnungen nicht zulässig sind, außer für Eigentümer und Geschäftsführer. Für die Unterbringung von Asylbewerbern wurde das BauGB zeitweise novelliert, aber eben nur für die Unterbringung von Asylbewerbern. Es ist ein Gewerbegebiet, wo eine Umnutzung zum dauerhaften Wohnen nicht zulässig ist.

Herr Richter schließt sich den Worten von Herrn Brandau an.

Herr Heger erinnert an den Beschluss-Nr. 103/2015 im Stadtrat Dezember, wo darauf hingewiesen wird, dass in Freital eine menschwürdige Unterbringung von Asylbewerbern nicht mehr möglich ist. Diesen Beschluss hätte man nicht fassen müssen, wenn die Vorlage zum Verkauf der Fichtestraße 1 abgelehnt wird. Man sollte positiv sehen, dass jemand in Freital investieren möchte und er stimmt der Vorlage B 2015/074 zu.

Herr Dr. Wasner erklärt, wenn es sich um ein Gewerbegebiet handelt, dann auch keine Pensionen, wie es in der Bewerbung zur Vorlage steht oder ähnliche Einrichtungen gestattet sind. Er fragt, wie im Kaufvertrag abgesichert wird, dass die Nutzung als Gewerbegebiet auch eingehalten wird.

Frau Güttel antwortet, dass jeder der die Immobilie betreiben möchte, einen Antrag auf Umnutzung stellen muss, was nichts mit dem Kaufvertrag zu tun hat. Baurechtlich wird nur das zugelassen, was zulassungsfähig ist.

Herr Mayer erklärt, dass die Stadt Freital keine 17 Mio. Euro einfach so zur Verfügung hat. Diese werden benötigt, damit die Stadt in den nächsten Jahren ihre Aufgaben erfüllen kann. Des Weiteren verweist er auf das Schreiben vom 21. Juli 2015 der Anlage 3.2, wo vom Bieter die Wohnnutzung auf Gewerbenutzung geändert wird, was so in der Beschlussvorlage nicht vorgesehen wird. Hinzukommt, dass es im Umfeld bereits Gewerbe mit gewissen Lärmbelastigungen gibt, so dass das Objekt nicht für Wohnzwecke geeignet ist. Er spricht sich für den Verkauf aus.

Herr Frost hat den Eindruck, dass noch gar nicht klar ist, was von dem Bieter mit dem Objekt gemacht wird. Er selbst ist gespalten, da er auf der einen Seite für die Firma Tobias ist, andererseits aber das Problem mit den fehlenden Unterkünften für Asylbewerber sieht.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, bringt Herr Rumberg den Antrag von Herrn Dr. Wasner auf Vertagung der Vorlage B 2015/074 und Prüfung durch die Wohnungsgesellschaft Freital mbH, ob sie das Objekt für Wohnzwecke nutzen möchte, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	10
Stimmenthaltungen:	8

Damit ist der Antrag angenommen. Die Vorlage wird vertagt und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Tagesordnungspunkt 12

B 2015/075

Verkauf der Flurstücke 155/12, 158/4, 164/1, 166/2 und 167/1 jeweils der Gemarkung Potschappel

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 24. November 2015
Beratung im Stadtrat	3. Dezember 2015
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 5. Januar 2016

Da kein Diskussionsbedarf besteht folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 008/2016

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt den Verkauf der Flurstücke 155/12, 158/4, 164/1, 166/2 und 167/1 jeweils der Gemarkung Potschappel an Heike Hausdorf, wohnhaft in Freital, zum Preis von 50,00 Euro/qm (76.800,00 Euro).
2. Im Kaufvertrag ist eine Investitionsverpflichtung auf der Grundlage des dargelegten Vorhabens des Käufers aufzunehmen.
3. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt die Grundschuldbestellung auf dem Verkaufsgrundstück in Höhe des Kaufpreises nebst Zinsen und Nebenleistungen zum Zwecke der Kaufpreisfinanzierung. Im Kaufvertrag sind die im Punkt 11 der „Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Veräußerung kommunaler Grundstücke“ vom 22. März 2004 gemachten Festlegungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 13

Zusammensetzung der Ausschüsse (§§ 42, 43 SächsGemO)

- a) Finanz- und Verwaltungsausschuss,
- b) Technischer und Umweltausschuss,
- c) Sozial- und Kulturausschuss,
- d) Bildungsausschuss,

e) Neuausrichtung städtischer Gesellschaften

13.1. Einigung über die Zusammensetzung der Ausschüsse

13.2. Im Falle der fehlenden Einigung Beschluss über die Benennung von Ausschussmitgliedern durch die Fraktionen

13.3. Im Falle des fehlenden Beschlusses über die Benennung Wahl der Ausschüsse unter vorheriger Festlegung des Berechnungsverfahrens bei der Feststellung des Wahlergebnisses bei der Verhältniswahl

Herr Weichlein bemerkt, dass laut Sächsischer Gemeindeordnung bei der Ausschussbesetzung das Kräfteverhältnis der Fraktionen berücksichtigt werden sollte. Mit der Neubildung der Fraktion Freie Wähler Freital wurde im Vorfeld der Stadtratssitzung an die Fraktionen die Frage herangetragen, ob eine Neubesetzung der Ausschüsse gewollt ist. Es wurde mehrheitlich angeregt, den entsprechenden TOP auf die Tagesordnung des Stadtrates zu nehmen. Die entsprechenden Namensvorschläge zur Änderung der Besetzung der jeweiligen Ausschüsse sind der Verwaltung zugegangen und liegen den Stadträten als Tischvorlage vor. Vom Oberbürgermeister ist abzufragen, ob man sich auf eine Besetzung der Ausschüsse einigen kann. Wenn keine Einigung gewollt ist bzw. erreicht wird, ist in das Wahlverfahren einzutreten.

Herr Abraham verlässt die Sitzung. Somit sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg fragt, ob man sich auf eine Neubesetzung der Ausschüsse einigen kann.

Herr Pfitzenreiter, Herr Wolfram, Herr Meyer, Herr Gliemann, Herr Richter und Herr Mayer sprechen sich im Namen der jeweiligen Fraktion für die Einigung aus.

Herr Weichlein weist darauf hin, dass von der Fraktion Freie Wähler Freital keine Namen für den Ausschuss Neuausrichtung Städtischer Gesellschaften gemeldet wurden. Im Vorfeld der Stadtratssitzung hat Herr Gliemann im Gespräch mit Herrn Weichlein mitgeteilt, dass von der Fraktion Freie Wähler Freital keine Neubesetzung des Ausschusses Neuausrichtung Städtischer Gesellschaften gewünscht wird. Anderweitige Namensänderungen anderer Fraktionen liegen der Verwaltung nicht vor, so dass es bei diesem Ausschuss zu keiner Neubesetzung kommt.

Für die Besetzung des Finanz- und Verwaltungsausschuss liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Schulze, Katrin	Müller, Jörg
	2. Weigel, Heidrun	Pfitzenreiter, Peter
	3. Rülke, Martin	Dr. Darmstadt, Franziska
	4. Ebert, Jutta	Frost, Norbert
Fraktion SPD/Die Grünen	5. Wolfram, Klaus	Retz, Harry
	6. Käsemodel, Thomas	Specht, Günter
Fraktion Bürger für Freital	7. Dr. Wasner ,Olaf	Meyer, Chris
Fraktion Freie Wähler Freital	8. Gliemann, Frank	Mihály-Anastasio, Claudia
	9. Frenzel, Alexander	Jonas, Uwe
Fraktion DIE LINKE.	10. Richter, Michael	Spet, Rosa
	11. Heinzmann, Peter	Müller, Karin
AfD-Fraktion	12. Mayer, Norbert	Frost, Ute-Maria

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 009/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich auf folgende Besetzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Schulze, Katrin	Müller, Jörg
2. Weigel, Heidrun	Pfitzenreiter, Peter
3. Rülke, Martin	Dr. Darmstadt, Franziska
4. Ebert, Jutta	Frost, Norbert
5. Wolframm, Klaus	Retz, Harry
6. Käsemodel, Thomas	Specht, Günter
7. Dr. Wasner, Olaf	Meyer, Chris
8. Gliemann, Frank	Mihály-Anastasio, Claudia
9. Frenzel, Alexander	Jonas, Uwe
10. Richter, Michael	Spet, Rosa
11. Heinzmann, Peter	Müller, Karin
12. Mayer, Norbert	Frost, Ute-Maria

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Für die Besetzung des Technischen und Umweltausschusses liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Müller, Jörg	Schulze, Katrin
	2. Schneider, Wolfgang	Mahoche, Candido
	3. Frost, Norbert	Rülke, Martin
	4. Pfitzenreiter, Peter	Weigel, Heidrun
Fraktion SPD/Die Grünen	5. Retz, Harry	Wolframm, Klaus
	6. Specht, Günter	Käsemodel, Thomas
Fraktion Bürger für Freital	7. Nagel, Reinhard	Dr. Wasner, Olaf
	8. Tschirner, Lars	Meyer, Chris
Fraktion Freie Wähler Freital	9. Jonas, Uwe	Frenzel, Alexander
Fraktion DIE LINKE.	10. Heinzmann, Peter	Müller, Karin
	11. Richter, Michael	Spet, Rosa
AfD-Fraktion	12. Heger, Torsten	Mayer, Norbert

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung des Technischen und Umweltausschusses zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 010/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich auf folgende Besetzung des Technischen und Umweltausschusses:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Müller, Jörg	Schulze, Katrin
2. Schneider, Wolfgang	Mahoche, Candido
3. Frost, Norbert	Rülke, Martin
4. Pfitzenreiter, Peter	Weigel, Heidrun
5. Retz, Harry	Wolframm, Klaus
6. Specht, Günter	Käsemodel, Thomas
7. Nagel, Reinhard	Dr. Wasner, Olaf
8. Tschirner, Lars	Meyer, Chris
9. Jonas, Uwe	Frenzel, Alexander
10. Heinzmann, Peter	Müller, Karin
11. Richter, Michael	Spet, Rosa
12. Heger, Torsten	Mayer, Norbert

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Für die Besetzung des Sozial- und Kulturausschusses liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Dr. Darmstadt, Franziska	Rülke, Martin
	2. Mahoche, Candido	Pfitzenreiter, Peter
	3. Druhm, Heike	Dr. Thomas, Ralf
Fraktion SPD/Die Grünen	4. Kummer, Ines	Wolframm, Klaus
Fraktion Bürger für Freital	5. Meyer, Chris	Dr. Wasner, Olaf
Fraktion Freie Wähler Freital	6. Mihály-Anastasio, Claudia	Gliemann, Frank
Fraktion DIE LINKE.	7. Müller, Karin	Spet, Rosa
AfD-Fraktion	8. Frost, Ute-Maria	Heger, Torsten

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung des Sozial- und Kulturausschusses zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 011/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich auf folgende Besetzung des Sozial- und Kulturausschusses:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Dr. Darmstadt, Franziska	Rülke, Martin
2. Mahoche, Candido	Pfitzenreiter, Peter
3. Druhm, Heike	Dr. Thomas, Ralf
4. Kummer, Ines	Wolframm, Klaus
5. Meyer, Chris	Dr. Wasner, Olaf
6. Mihály-Anastasio, Claudia	Gliemann, Frank
7. Müller, Karin	Spet, Rosa
8. Frost, Ute-Maria	Heger, Torsten

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Für die Besetzung des Bildungsausschusses liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Pfitzenreiter, Peter	Mahoche, Candido
	2. Rülke, Martin	Druhm, Heike
	3. Dr. Darmstadt, Franziska	Dr. Thomas, Ralf
Fraktion SPD/Die Grünen	4. Kummer, Ines	Wolframm, Klaus
Fraktion Bürger für Freital	5. Meyer, Chris	Dr. Wasner, Olaf
Fraktion Freie Wähler Freital	6. Frenzel, Alexander	Jonas, Uwe
Fraktion DIE LINKE.	7. Richter, Michael	Heinzmann, Peter
AfD-Fraktion	8. Mayer, Norbert	Heger, Torsten

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung des Bildungsausschusses zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 012/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich auf folgende Besetzung des Bildungsausschusses:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Pfitzenreiter, Peter	Mahoche, Candido
2. Rülke, Martin	Druhm, Heike
3. Dr. Darmstadt, Franziska	Dr. Thomas, Ralf
4. Kummer, Ines	Wolframm, Klaus
5. Meyer, Chris	Dr. Wasner, Olaf
6. Frenzel, Alexander	Jonas, Uwe
7. Richter, Michael	Heinzmann, Peter
8. Mayer, Norbert	Heger, Torsten

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 14**Besetzung der Aufsichtsräte**

- a) der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH,
- b) der Wohnungsgesellschaft Freital mbH,
- c) der Technischen Werke Freital GmbH,
- d) der Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH,
- e) der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH,
- f) der FREITALER STROM+GAS GMBH

14.1. Einigung über die Zusammensetzung der Aufsichtsräte**14.2. Im Falle der fehlenden Einigung Beschluss über die Benennung von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Fraktionen****14.3 Im Falle des fehlenden Beschlusses über die Benennung Wahl der Aufsichtsräte unter vorheriger Festlegung des Berechnungsverfahrens bei der Festlegung des Wahlergebnisses bei der Verhältniswahl**

Herr Weichlein bemerkt, dass auch dieser Punkt aufgrund der neuen Fraktionsbildung Freie Wähler Freital vorsorglich auf die Tagesordnung genommen wurde. Die Verwaltung hat Kenntnis davon, dass Herr Gliemann in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH anstelle von Herrn Norbert Meyer möchte. Weitere Änderungswünsche zu Aufsichtsräten liegen der Verwaltung nicht vor.

Herr Ch. Meyer verweist auf den § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH, wo der Aufsichtsrat für eine Amtszeit bestellt wird. Sollte jedoch die Mehrheit der Aufsichtsräte eine Änderung wünschen, ist die jeweilige Einzelperson abzurufen. Als im Jahr 2014 die Aufsichtsräte neu besetzt wurden, war es das Anliegen, auch Nichtstadträte mit der entsprechenden Sach- und Fachkompetenz in die Aufsichtsräte zu wählen. Sollte der Stadtrat mehrheitlich für eine Neubesetzung sein, dann wäre Herr Norbert Meyer im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Freital abzurufen und ein neues Mitglied zu wählen.

Herr Weichlein erklärt, dass keine Pflicht besteht, eine Neubesetzung vorzunehmen. Den Worten von Herrn Ch. Meyer ist zu entnehmen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt und demzufolge ist der Stadtrat zu fragen, ob eine Änderung der Aufsichtsratsbesetzung in der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH gewünscht ist.

Herr Rülke, Herr Wolfram, Herr Richter und Herr Mayer sprechen sich für ihre Fraktionen für eine Änderung bzw. Umbesetzung im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH aus.

Demzufolge gibt es folgenden Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beruft Herrn Norbert Meyer aus dem Aufsichtsrat der WBF-Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH zum 31. Januar 2016 ab.
2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital wählt Herrn Frank Gliemann in den Aufsichtsrat der WBF-Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH ab 1. Februar 2016.

Da von einigen Stadträten eine getrennte Abstimmung gewünscht wird, greift Herr Rumberg dies auf und bringt den Punkt 1 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 013/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beruft Herrn Norbert Meyer aus dem Aufsichtsrat der WBF-Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH zum 31. Januar 2016 ab.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	1

Es folgt die Abstimmung des Punktes 2 des Beschlussvorschlages.

Beschluss-Nr.: 014/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital wählt Herrn Frank Gliemann in den Aufsichtsrat der WBF-Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH ab 1. Februar 2016.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Tagesordnungspunkt 15

Berufung von sachkundigen Einwohnern in folgende Ausschüsse

- a) Technischer und Umweltausschuss,**
- b) Sozial- und Kulturausschuss,**
- c) Bildungsausschuss**

Herr Weichlein führt aus, dass allen Stadträten die komplette Besetzung der sachkundigen Einwohner als Tischvorlage vorliegt. Grundsätzlich können einzelne Namen ausgetauscht werden. Da es doch einige Änderungen sind, könnte eine Abstimmung en bloc pro Ausschuss vorgenommen werden, es sei denn dies wird vom Stadtrat anders gewünscht.

Frau Ebert verlässt den Saal. Somit sind 29 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Mayer bemerkt, dass die sachkundigen Bürger, die nicht mehr dabei sind, erst abberufen werden müssen, was so auch aus dem Beschlussvorschlag ersichtlich sein muss. Eine Möglichkeit wäre auch, die sachkundigen Einwohner en bloc abzuberufen und en bloc neu zu bestellen.

Herr Nagel verlässt den Saal. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Weichlein bestätigt, dass solche Meinungen vertreten werden, es aber nicht zwingend in zwei Schritten notwendig ist. Den Beschlussvorschlag dahingehend zu formulieren, dass die vorherigen sachkundigen Einwohner abberufen werden, spricht nichts dagegen.

Herr Mayer bittet, den Beschlussvorschlag entsprechend zu formulieren, damit die Abberufung konkludent vorgenommen wird.

Herr Rumberg fragt, ob es Einwände gibt, die sachkundigen Einwohner unter gleichzeitiger Abberufung der bisherigen sachkundigen Einwohner en bloc abzustimmen.

Seitens der Stadträte gibt es keine Einwände.

Für die Besetzung sachkundiger Einwohner im Technischen und Umweltausschusses liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Günther, Sebastian	Uhlig, Joachim
Fraktion SPD/Die Grünen	2. Weiner, Holger	n. B.
Fraktion Bürger für Freital	3. Müller, Hans-Gunter	Neumann, Rene
Fraktion Freie Wähler Freital	4. Wirth, Tobias	n. B.
Fraktion DIE LINKE.	5. Brachtel, Nico	Müller, Peter
AfD-Fraktion	6. Schmieder, Dietmar	Dr. Wagner, Harald

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung der sachkundigen Einwohner für den Technischen und Umweltausschusses zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 015/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich unter Abberufung der bisherigen sachkundigen Einwohner sowie Vertreter auf folgende neuen sachkundigen Einwohner und deren Vertreter im Technischen und Umweltausschuss:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Günther, Sebastian	Uhlig, Joachim
2. Weiner, Holger	n. B.
3. Müller, Hans-Gunter	Neumann, Rene
4. Wirth, Tobias	n. B.
5. Brachtel, Nico	Müller, Peter
6. Schmieder, Dietmar	Dr. Wagner, Harald

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Frau Ebert kommt wieder in den Saal. Somit sind 29 Stimmberechtigte anwesend.

Für die Besetzung sachkundiger Einwohner im Sozial- und Kulturausschuss liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Häckl, Marieluise	Üregi, Steffen
Fraktion SPD/Die Grünen	2. Lange, Markus	Petrenz, Steffen
Fraktion Bürger für Freital	3. Neumann, Rene	Liebhold, Heike
Fraktion Freie Wähler Freital	4. Vogel, Jörg	n. B.
Fraktion DIE LINKE.	5. Hanke, Jörg	Müller, Peter
AfD-Fraktion	6. Lange, Ingrid	Wolf, Elke

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung der sachkundigen Einwohner für den Sozial- und Kulturausschuss zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 016/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich unter Abberufung der bisherigen sachkundigen Einwohner sowie Vertreter auf folgende neuen sachkundigen Einwohner und deren Vertreter im Sozial- und Kulturausschuss:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Häckl, Marieluise	Üregi, Steffen
2. Lange, Markus	Petrenz, Steffen
3. Neumann, Rene	Liebhold, Heike
4. Vogel, Jörg	n. B.
5. Hanke, Jörg	Müller, Peter
6. Lange, Ingrid	Wolf, Elke

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Für die Besetzung sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss liegt folgender Vorschlag vor:

	<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
CDU-Fraktion	1. Roßberg, Katrin	Häckl, Marieluise
Fraktion SPD/Die Grünen	2. Lange, Markus	Petrenz, Steffen
Fraktion Bürger für Freital	3. Liebhold, Heike	Neumann, Rene
Fraktion Freie Wähler Freital	4. Gliemann, Anett	n. B.
Fraktion DIE LINKE.	5. Baumann, Claudia	Skákal, Diana
AfD-Fraktion	6. Göbel, Immo	Dr. Wagner, Harald

Zur Auflistung der Namen gibt es keine Einwände.

Herr Rumberg bringt die vorgenannte Besetzung der sachkundigen Einwohner für den Bildungsausschuss zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 017/2016

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital einigt sich unter Abberufung der bisherigen sachkundigen Einwohner sowie Vertreter auf folgende neuen sachkundigen Einwohner und deren Vertreter im Bildungsausschuss:

<u>Mitglied</u>	<u>Vertreter</u>
1. Roßberg, Katrin	Häckl, Marieluise
2. Lange, Markus	Petrenz, Steffen
3. Liebhold, Heike	Neumann, Rene
4. Gliemann, Anett	n. B.
5. Baumann, Claudia	Skákal, Diana
6. Göbel, Immo	Dr. Wagner, Harald

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Rumberg unterbricht die Sitzung für eine Pause von 20.50 Uhr bis 20.55 Uhr. In dieser Zeit kommt Herr Nagel wieder in den Saal. Somit sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Tagesordnungspunkt 16

B 2015/070

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2016

Herr Rumberg bemerkt, dass den Stadträten im Dezember 2015 der 1. Entwurf des Haushaltes zugegangen ist. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit. Am 8. Januar 2016 hat es dazu eine Haushaltsklausur gegeben, wo Vertreter der Verwaltung und der einzelnen Fraktionen zusammengesessen haben.

Herr Kretschmer-Schöppan weist darauf hin, dass der Haushalt noch ein Defizit von 2,3 Mio. Euro hat. Ziel ist es, im Stadtrat März den Beschluss zum Haushalt zu fassen.

Herr Funk erläutert den Haushaltsentwurf näher und geht auf einzelne Eckdaten wie Tilgung, Aufwendungen usw. ein.

Herr Pfitzenreiter bemerkt, dass die CDU-Fraktion dem vorliegenden 1. Haushaltsentwurf zustimmen kann. Die Weichenstellung des letzten Jahres zeigt zwar Erfolge, dennoch ist der Ausgleich des Ergebnishaushaltes das gemeinsame Ziel. Sparsamkeit muss bei der Finanzierung aller Aufgaben eingefordert werden. Das kann durch Anreize geschaffen werden, indem Verwaltungsbereiche, Einrichtungen und Vereine durch Sparsamkeit profitieren. Die Investitionen der nächsten Jahre müssen darauf ausgerichtet sein, dass die Folgekosten, unter Berücksichtigung von Abschreibungen, nicht weiter steigen. Im gesamten Jahr 2016 muss mit Blick auf den Haushalt 2017 fraktionsübergreifend geprüft werden, welche Entscheidungen zur Verbesserung des Ergebnishaushaltes möglich sind. Herr Pfitzenreiter bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Beteiligten für die Erstellung des Haushaltsentwurfes.

Herr Wolframm bedankt sich ebenfalls im Namen seiner Fraktion für die bisherige Arbeit und die Durchführung der Haushaltsklausur.

Herr Dr. Wasner fand die Haushaltsklausur ebenfalls positiv und bittet, dem dort vorgetragenen Vorschlag von Frau Ebert, zur Vorbereitung des Haushaltes 2017 erst eine strategische Planung vorzulegen, zu folgen und nach vorheriger Absprache mit dem Stadtrat die Bereiche mit Zahlen zu belegen. Er bittet, dass die Zahlen der Vereinsförderung ihm noch zugehen, um sich in der Fraktion Bürger für Freital beraten zu können. Die Mittel der Tagespflegeplätze werden von 825.000 Euro auf 770.000 Euro gekürzt. Dass eine Kürzung vorgenommen wird ist richtig, wenn der Bedarf nicht da ist. Er möchte wissen, wer dies festlegt und bittet, dass alle Bereiche, ob städtische oder privatbetriebene Kindergärten sowie Tagesmütter auf ähnliche Art und Weise behandelt werden.

Herr Gliemann bedankt sich im Namen der Fraktion Freie Wähler Freital bei Herrn Funk und seinen Mitarbeitern für die Arbeit sowie die Haushaltsklausur. Die Fraktion Freie Wähler Freital stimmt dem 1. Haushaltsentwurf zu.

Herr Käfer sieht eine Haushaltsklausur positiv, es sollte jedoch geprüft werden, die Ortsvorsteher ebenfalls einzuladen. Zur Investitionsliste Infrastrukturmaßnahmen führt er aus, dass der Ortschaftsrat Kleinnaundorf mit Datum vom 20. Oktober 2015 eine Zuarbeit gemacht hat, die trotz Zusage des Oberbürgermeister in der Dienstberatung am 2. November 2015 nicht in die Liste aufgenommen wurde.

Herr Nagel fragt bezüglich des Sperrvermerks bei der Investitionsübersicht Feuerwehr, wie der Stand des Brandschutzbedarfsplanes ist.

Herr Rumberg antwortet, dass dieser in die nächste Ausschusssrunde und Stadtrat Februar kommt.

Herr Mayer schließt sich weitgehend den Vorrednern an. Die Haushaltsklausur ist eine positive Erfahrung. Er bittet, die Investitionsliste Infrastrukturmaßnahmen noch um die Spalten Fördermittel, Eigenmittel sowie Sonderabschreibungen zu ergänzen. Zur Klausurtagung hat Herr Mayer schon mündlich auf Anträge hingewiesen, die er heute schriftlich einreicht. Dabei geht es darum, die Planungsleistungen in Höhe von 60.000 Euro für den Ausbau der Oberhermsdorfer Straße in den Haushaltsplan 2016 aufzunehmen. Dafür entfallen die 30.000 Euro Planungskosten im Jahr 2017 und der Beginn des Ausbaus kann auf das Jahr 2017 ff. vorgezogen werden. Des Weiteren sollen 40.000 Euro Planungsleistungen für den Ausbau der Pesterwitzer Straße (Abschnitt Kesselsdorfer und Zölmener Straße) in das Jahr 2016 aufgenommen werden. Für die Maßnahme selbst sind dann ab 2017 ff. Mittel einzustellen. Für den Ausbau Pesterwitzer Straße entfällt die Maßnahme Ausbau Schachtstraße zwischen Dresdner Straße und Unterführung Deutsche Bahn. Weiterhin beantragt er im Namen der AfD-Fraktion einen Sperrvermerk an den Sachverständigenaufwänden/Beteiligungsverwaltung, der nur durch Beschluss des Finanz- und Verwaltungsausschusses aufgehoben werden kann. Grund ist die im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 5. Januar 2016 hinterfragte Vorstellung zur Einführung einer standardisierten Wirtschaftsplandokumentation. Für die Maßnahme Erneuerung der Laufbahn des Hainsberger SV in Höhe von 82.000 Euro ist ebenfalls ein Sperrvermerk anzubringen und die Maßnahme im Vorfeld den Stadträten vorzustellen.

Herr Tschirner bittet, in Zukunft die Bedarfsplanung für Kindergärten und Schulen zu beachten. Zwar wird in Schulen investiert, aber es werden keine neuen Plätze geschaffen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, wie notwendig die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze gewesen ist. Es hat jetzt schon den Eindruck, dass die Plätze an den Grund- und Oberschulen knapp werden und Herr Tschirner geht davon aus, dass diese in naher Zukunft nicht ausreichen werden. Er bittet um nähere Angaben zur Bedarfsplanung, um dies im Haushalt 2016 bzw. der kommenden Jahre mit berücksichtigen zu können.

Herr Rumberg bemerkt, dass die Verwaltung nicht so planlos ist, wie es von Herrn Tschirner dargestellt wird.

Herr Kretschmer-Schöppan verweist auf Vorstellungen im Bildungsausschuss im 2. Halbjahr 2015 von der Bildungsagentur und der Sabel gAG, wo die Zahlen mittelfristig vorgelegt wurden.

Herrn Tschirner geht es um den Bezug zum Haushalt, ob die vorhandenen Schulplätze ausreichend sind oder reagiert und entsprechend Mittel für Erweiterungen eingeplant werden müssen.

Herr Kretschmer-Schöppan legt dar, dass es schon gewisse Maßnahmen gibt, die angeschoben wurden, wie zum Beispiel die Erweiterung am Schulstandort Hainsberg sowie die Sanierung der Grundschule Wurgwitz. Diese Maßnahmen sind Ergebnisse der Beratung mit Stadträten unter Einbeziehung externer und übergeordneter Behörden und Bestandteil des Haushaltes.

Herr Brandau bemerkt, dass er als Stadtrat ohne Anbindung an eine Fraktion zur Haushaltsklausur nicht eingeladen war. Er fragt, welche einvernehmlichen Lösungen es im Vergleich zum 1. Entwurf des Haushaltes bei der Haushaltsklausur gegeben hat.

Herr Rumberg schildert, dass es sich um eine Haushaltsberatung zur Information handelte, zu der die Fraktionen eingeladen waren. Sie war nicht konspirativ. Die Diskussion selbst erfolgt hier in den Ausschüssen und im Stadtrat.

Herr Brandau möchte wissen, ob es nicht für notwendig angesehen wird, alle Stadträte zu so einer Vorberatung einzuladen und welche Gründe es gibt, so zu verfahren. Gespräche bei solchen Veranstaltungen sind interner und man kann gemeinsam nach Senkungen bzw. Erhöhung von Einnahmen und Ausgaben suchen. Herr Brandau nimmt auf die heutige Diskussion Bezug, wo von Änderungen zur Haushaltsklausur gesprochen wurde.

Herr Rumberg stellt richtig, dass dies dann falsch rüber gekommen ist bzw. falsch verstanden wurde. Es handelte sich nur um eine Informationsveranstaltung.

Herr Mayer begrüßt, dass viel in Bildungseinrichtungen und die Kinderbetreuung investiert wird. Gerade die Offenlegung der Bedarfszahlen wurde gefordert, damit der Stadtrat rechtzeitig notwendige Maßnahmen erkennen und einwirken kann. Dafür wurde der Bildungsausschuss gegründet. Bezüglich der anstehenden Vereinszuschüsse erinnert Herr Mayer, dass noch ein Termin festgelegt wird, wo außerhalb der Ausschussdiskussion darüber gesprochen wird. Hinsichtlich der Haushaltsklausur stellt er klar, dass er dort Fragen gestellt und beantwortet bekommen hat. Aufgrund dieser Ergebnisse sind die Anträge bzw. Änderungen zum Haushalt entstanden, die er heute vorgetragen hat.

Herr Kretschmer-Schöppan erklärt zur Vereinsförderung, dass man sich darauf verständigt hat, den Sozial- und Kulturausschuss im Februar als erweiterten Ausschuss anzusehen, wo die Vereinsbezuschung ausführlich diskutiert wird. Frau Lehmann vom Koordinationsbüro für Soziale Arbeit wird daran teilnehmen.

Frau Ebert ist aus Sicht des Ortschaftsrates Wurgwitz zufrieden, mit welchen Maßnahmen der Ortsteil Wurgwitz im Haushalt 2016 berücksichtigt wurde. Sie unterstützt den Antrag von Herrn Mayer bezüglich des Ausbaus der Oberhermsdorfer Straße. Hinsichtlich des einzuführenden Ortschaftsratsbudget bemerkt sie, dass abgewartet werden muss, wie es umgesetzt wird. Die Anbringung verschiedener Sperrvermerke wird begrüßt, da dies eine Lösung ist, den Zeitplan für den Beschluss des Haushaltes im Stadtrat Februar zu halten und die Maßnahmen im Nachhinein noch besprochen werden können, wie zum Beispiel das

Soziokulturelle Zentrum. Sie schlägt für die Haushaltsplanung 2017 vor, dass geplante bzw. vorgesehene Investitionsmaßnahmen im groben bereits im September den Stadträten vorgestellt werden. Damit könnte ein Weg gefunden werden, womit die Verwaltung besser den Haushaltsentwurf aufstellen kann, wenn sie weiß, welche Maßnahmen vom Stadtrat angestrebt und unterstützt werden. Des Weiteren sollten von der Verwaltung Lösungsvorschläge unterbreitet werden, wie Feste (zum Beispiel Windbergfest, Kultur(All)Tage usw.) wirtschaftlicher gestaltet werden können. Ebenfalls sollte die Gebäudeunterhaltung überprüft werden, was schon im vergangenen Jahr angeregt wurde.

Frau Dr. Darmstadt schließt sich den Worten von Frau Ebert an. Sie erinnert an das vergangene Jahr, wo eine Erhöhung der Steuern beschlossen wurde, wo man sich auch verpflichtet hat, nach weiteren Einnahmen zu suchen und Ausgaben zu begrenzen. Es ist notwendig, auch bei den freiwilligen Aufgaben zu schauen, ob wirklich alles so umgesetzt werden muss. Frau Dr. Darmstadt ruft zu mehr Disziplin auf, da es noch eine Menge Pflichtaufgaben gibt, die durch die Stadt Freital zu bewältigen sind.

Herr Frost möchte wissen, wo der Sportverein Pesterwitz eingegliedert ist, da dieser bei den Sportvereinen nicht aufgeführt ist. Er kritisiert, dass keine Ergebnisse und auch keine vorläufigen für das Jahr 2015 dargestellt sind. Diese sind Grundlage, um zu sehen, wo Einsparungen denkbar wären.

Herr Funk antwortet, dass die Sportanlage Pesterwitz in der Grundbetreuung der Sportstätten durch die Technische Werke Freital GmbH enthalten ist, auch die Betriebskosten der Turnhalle.

Herr Wolfram nimmt Bezug auf die Ausführung von Herrn Kretschmer-Schöppan, dass die Schülerzahlen im Bildungsausschuss von der Bildungsagentur vorgestellt wurden. Er hat selbst an der Sitzung teilgenommen und er traut der dort vorgestellten Schulplanung nicht. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Herangehensweise der Bildungsagentur falsch ist. Wenn es nach ihr gegangen wäre, wären vor Jahren die Kreischeaer Mittelschule und die Wurgwitzer Schule geschlossen worden. Jetzt zeigt es sich, wie dringend die Schulen gebraucht werden.

Herrn Käfer liegen noch keine Zahlen zur Vereinsförderung vor und er fragt, ob er diese bis zu seiner Ortschaftsratssitzung am kommenden Montag bekommen kann.

Herr Kretschmer-Schöppan erläutert, dass im Haushalt die Gesamtsumme für die Vereinsförderung steht. Welcher Verein welchen Zuschuss erhält, wird gesondert durch Beschluss gefasst. Dazu wird es für den Sozial- und Kulturausschuss am 23. Februar 2016 eine Vorlage geben, die dann im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 25. Februar 2016 zur Beschlussfassung steht.

Herr Pfitzenreiter bittet um eine Aufstellung, wie hoch die erfolgten bzw. beauftragten Planungskosten für den Bahnhof Potschappel sind.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.